

Beschluss des Landesvorstands der FDP Hamburg vom 9. Oktober 2023

Humanität und Rechtsstaatlichkeit in Hamburg: Irreguläre Migration reduzieren, Rechtsstaat durchsetzen, Integration verbessern

In der vergangenen Woche hat der Senat erklärt, dass die Messehallen wieder für die Unterbringung von Geflüchteten eingesetzt werden sollen. Wie viele andere Städte und Gemeinden kommt Hamburg angesichts der anhaltend hohen Zahl von Geflüchteten und Migranten an seine Belastungsgrenze. Hamburg ist eine weltoffene Stadt und zahlreiche Menschen haben in den letzten Jahren oft ehrenamtlich großartige Unterstützung geleistet. Zuletzt hat bei vielen aber auch ein Gefühl der Überforderung zugenommen. Die Integrationsinfrastruktur ist am Limit, was zu gesellschaftlichen Spannungen führt und den Geflüchteten selbst nicht gerecht wird.

Als Freie Demokraten setzen wir auf Humanität und Rechtsstaatlichkeit. Wir wollen Menschen, die in ihrer Heimat verfolgt werden oder vor Krieg flüchten, schnell und unbürokratisch helfen. Das bedeutet gleichzeitig, dass diejenigen, die keinen Anspruch auf Asyl oder subsidiären Schutz haben, Deutschland wieder verlassen müssen.

Zudem setzen wir uns für reguläre Einwanderung in den Arbeitsmarkt ein. Deswegen haben wir mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz eine moderne Rechtsgrundlage für die dringend benötigten Arbeits- und Fachkräfte geschaffen, die wir nach Deutschland einladen.

Wir Freie Demokraten setzen auf legale Zugangswege, sowohl für vulnerable Gruppen als auch für die Arbeitseinwanderung, und auf weniger irreguläre Zuwanderung über das Asylsystem, damit Migration besser gesteuert werden kann.

Die Bundesregierung leistet mit ihrer Unterstützung für ein neues Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) einen wichtigen Beitrag zur Begrenzung der irregulären Migration. Die Verhandlungen über den neuen Europäischen Gesetzesrahmen müssen zügig erfolgreich abgeschlossen werden. Wir unterstützen das Dringen der FDP-Bundestagsfraktion auf die Ausweitung sicherer Herkunftsländer sowie Migrationsabkommen. Der Senat muss seine Verantwortung ernst nehmen und Fehlanreize für Migration nach Deutschland verringern, abgelehnte Asylbewerber abschieben und Verfahren beschleunigen, eine menschenwürdige Unterbringung gewährleisten und Integration fördern.

Die FDP Hamburg fordert den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf:

1. Bezahlkarten und Sachleistungen statt Bargeld

Asylbewerber sollen in Hamburg kein Bargeld mehr erhalten, sondern Sachleistungen oder sogenannte Bezahlkarten. Diese Möglichkeit eröffnet das Asylbewerberleistungsgesetz bereits. Sachleistungen könnten über die bestehenden Strukturen von Fördern & Wohnen vergeben werden, bei der Einführung von Bezahlkarten soll die Zusammenarbeit mit Banken geprüft werden. Hierdurch sollen Rücküberweisungen in die Herkunftsländer unterbunden und sichergestellt werden, dass die für die betroffenen Menschen vorgesehenen Leistungen auch bei ihnen selbst ankommen. Wenn Asylbewerber Geld an ihre Familien im Heimatland überweisen, führt dies dazu, dass sie selbst in Deutschland unter dem Existenzminimum leben, was ihnen Teilhabe und Integration erschwert.

2. Rückführungen durchsetzen – freiwillige Ausreise fördern

Im ersten Halbjahr 2023 wurden 214 Menschen aus Hamburg in ihre Heimatländer oder in einen Drittstaat abgeschoben. Über 500 Abschiebungen wurden jedoch vereitelt, etwa weil die Menschen nicht angetroffen wurden. Wir fordern den Senat auf, Rückführungen konsequent umzusetzen. Insbesondere Straftäter und Gefährder müssen zügig abgeschoben werden. Bei gut in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft integrierten Ausreisepflichtigen (etwa Drittstaatler aus der Ukraine) soll ein Spurwechsel in die Arbeitsmigration vorrangig stattfinden.

Abschiebungen sind die aufwändigste Form der Aufenthaltsbeendigung. Durch Aufklärung und Anreize soll Betroffenen, die keine Bleibeperspektive haben, die freiwillige Ausreise als einfache und schonendere Möglichkeit aufgezeigt werden.

3. Beschleunigung von Verfahren

Um Verfahren zu beschleunigen, muss eine hinreichende personelle Ausstattung des Amtes für Migration und der Verwaltungsgerichte insbesondere für asyl- und aufenthaltsgerichtliche Verfahren sichergestellt werden. Ziel muss es sein, die Verfahrensdauer deutlich zu reduzieren.

4. Unterbringung in Sporthallen vermeiden

Im vergangenen Winter wurden zahlreiche Sporthallen in Hamburg als Notunterkünfte genutzt. Geflüchtete verdienen eine menschenwürdige Unterkunft, Sporthallen können jedoch oft schon die Mindestanforderungen an Hygiene und Privatsphäre nicht erfüllen. Gleichzeitig werden die Hallen im Winter für den Schul- und Vereinssport benötigt. Daher soll die Unterbringung in Sporthallen vermieden werden und zukünftig andere Unterbringungsmöglichkeiten frühzeitig bereitgestellt werden.

5. Integration verbessern – Menschen aus der Ukraine und anderen Staaten in Arbeit bringen

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine dauert immer weiter an und die Rückkehr in ihr Heimatland rückt für viele Ukrainerinnen und Ukrainer in weite Ferne. Wir wollen ihnen daher schnell die Möglichkeit geben in Deutschland auf eigenen Beinen zu stehen und sie in den Arbeitsmarkt bringen. Das gleiche gilt für Asylbewerber mit einer gewissen Bleibeperspektive,

sie sollen ab dem ersten Tag eine Arbeitserlaubnis erhalten und es soll die Erwartung an sie formuliert werden, selbst zu ihrem Lebensunterhalt beizutragen. Arbeit ist ein Integrationsmotor, nirgendwo sonst lernt man andere Menschen sowie die deutsche Sprache und Kultur kennen und kann einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen. Anerkennungsverfahren für Berufsabschlüsse müssen beschleunigt werden. Insbesondere ukrainische Erzieherinnen und Erzieher, sowie Lehrkräfte sollen auch ohne formale Anerkennung ihren erlernten Beruf im Rahmen ihrer Möglichkeiten als Hilfs- oder Vollkräfte ausüben können. Dies hilft den Betroffenen genauso wie den zahlreichen ukrainischen Kindern, die in Hamburgs Kitas und Schulen gehen. Außerdem müssen ausreichend Integrations- und Deutschkurse auch online und in den Nachmittags- und Abendstunden – auch mit Kinderbetreuung - stattfinden.

6. Bildungschancen für geflüchtete Kinder

Alle Kinder und Jugendlichen haben das Recht auf Bildung. Das Hamburger System mit Basis- und Internationalen Vorbereitungsklassen ist gut gedacht, kommt aber an vielen Schulen an seine Grenzen. Wir fordern den Senat auf, die schulischen Integrationsstrukturen aufrechtzuerhalten und ein Monitoring einzuführen. Schülerinnen und Schüler können erst dann eine Regelklasse besuchen, wenn sie über ausreichend Sprachkenntnisse verfügen, um dem Unterricht zu folgen, da ihnen sonst Bildungschancen vorenthalten werden.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, angegliedert an das Hamburg Welcome Center ein **Schulstart-Center** als zentrale Stelle für Familien mit schulpflichtigen Kindern nach schwedischem Vorbild zu schaffen. Dort sollen Schulerfahrung und Leistungsstand, sowie der Gesundheitszustand der Kinder ermittelt werden und Eltern über das deutsche Schulsystem und ihre Rechte und Pflichten darin informiert werden. Sie können dort auch Hilfe bei der Auswahl der richtigen Schule in Anspruch nehmen.